

„Riester-Rente muss auf den Prüfstand“

DGB und Unions-Arbeitnehmer mahnen: Lücke in der Altersvorsorge wird immer größer

dpa **Berlin.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Arbeitnehmerflügel der Union fordern angesichts des sinkenden Rentenniveaus, die Wirkung der sogenannten Riester-Rente zu überprüfen. Mit dieser zusätzlichen privaten Altersvorsorge soll die „Rentenlücke“ eigentlich geschlossen werden. „Es ist eine zentrale sozialpolitische Aufgabe des Staates, eine auskömmliche Alterssicherung für alle zu organisieren“, sagte der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Karl-Josef Lauermann, am Wochenende. Deshalb müsse die vor gut zehn Jahren eingeführte Riester-Rente überprüft werden. Sorgen bereite ihm, dass viele Geringverdiener keine Zusatz-Vorsorge abschließen.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte: „Es ist wirklich höchste Zeit für eine ehrliche Analyse (...) dessen, was mit der Riester-Reform in der Renten-

politik angerichtet worden ist.“ Zwar gebe es mehr als 15 Millionen Riester-Verträge. Aber das entspreche nur rund 35 Prozent der Beschäftigten. Außerdem seien knapp 20 Prozent der Verträge ruhend gestellt und würden nicht bespart.

Selbst bei sehr optimistischen Annahmen bezüglich Sparquote, Rendite und Kosten liege das Versorgungsniveau im Alter aus gesetzlicher und Riester-Rente deutlich unter dem Niveau, das vor einigen Jahren noch allein mit der gesetzlichen Rente erreicht worden sei, sagte Buntenbach: „Ein weiterer Sturzflug des Rentenniveaus auf bis zu 43 Prozent im Jahr 2030 reißt immer größere Löcher in die Altersabsicherung.“

Die Renten steigen zwar auch in den kommenden Jahren, allerdings wird der Abstand zwischen Arbeits- und Renteneinkommen größer – das Rentenniveau sinkt also. Schon länger zeichnet sich ab, dass

die Riester-Rente das sinkende Rentenniveau nicht ausgleichen kann.

Das wird nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung“ auch im aktuellen Rentenversicherungsbericht bestätigt, der am Mittwoch im Kabinett beraten werden solle. „Der Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern macht deutlich, dass die gesetzliche Rente zukünftig alleine nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens zu halten“, heißt es demnach. Dies könne nur gelingen, wenn eine zusätzliche Vorsorge aufgebaut werde. Der Rentenversicherungsbericht der Regierung gibt regelmäßig einen Ausblick auf mögliche Entwicklungen in den kommenden 15 Jahren. Der Zeitung zufolge wird angenommen, dass die Renten bis 2028 um insgesamt rund 39 Prozent stiegen, was im Schnitt einem Plus von gut 2 Prozent pro Jahr entspreche. Das Rentenniveau sinke bis auf 44,4 Prozent.

St-Zeitung vom 17. Nov. 2014